

Bericht des Vorstandes - 11.Plenum 20.03.2019

Liebe Mitglieder des LSBB,

der Vorstand tagte entsprechend des Sitzungsplanes am 29.01. und am 26.02.2019. Im Anschluss an die Vorstandssitzung am 26.02. lud die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit Soziales zur Koordinierung ein.

Während am 29.01. zunächst ein Austausch über das Thema des heutigen Plenums stattfand, konzentrierte sich die Beratung am 26.02. auf die unmittelbare Vorbereitung des heutigen Plenums und die Arbeit der gemeinsamen Geschäftsstelle.

Er verständigte sich des Weiteren über den Inhalt eines Briefes, der AG §71 SGB XII an die Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung Frau Dilek Kolat.

Er beinhaltet einen Katalog von sozialpolitischen Schlussfolgerungen, die angesichts des demografischen Wandel noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden sollten.

Dabei geht es u.a.um:

- die Herbeiführung eines Landesaltenhilfestrukturegesetz,
- die Schaffung eines verbindlichen Kostenschlüssel für die Haushaltsansätze „Altenhilfe“ für den Haushalt 2020/2021 und
- die Schaffung eines eigenen Referats „Altenhilfe“

Wir erwarten die wünschenswerte zeitnahe Beantwortung mit großem Interesse.

Auf der Tagesordnung stand auch die Vorbereitung der Teilnahme der Seniorenmitwirkungsgruppen mit einem Stand beim Europafest am 11.05. in der Hardenbergstraße.

Das Fest ist eine gemeinsame Veranstaltung der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, der Senatsverwaltung für Kultur und Europa und des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf.

Über weitere Einzelheiten werden wir sie zeitnah informieren.

Liebe Mitglieder des LSBB,

wir haben eingeschätzt, dass die gemeinsame Geschäftsstelle seit 25.02. arbeitsfähig ist.

Während Frau Lena Thiem als Leiterin der Geschäftsstelle bereits am 01.01. 2019 ihre Tätigkeit aufnahm, stellte das Sozialwerk Berlin e. V. am 01.02. Frau Halina Krawczyk als Sachbearbeiterin der Geschäftsstelle ein. Telefon, Internet und Homepage funktionieren nun auch.

Die Anzahl der Einladungen und Bitten um Beteiligung an den LSBB nimmt kontinuierlich zu. Das ist auch ein Ausdruck dafür, dass unser öffentliches Wirken zur Kenntnis genommen wird.

Allein im Februar nahmen Mitglieder des LSBB an folgenden Veranstaltungen und Beratungen teil: eine Auswahl

am 13.02. Neujahrsempfang des Landesnetzwerks Bürgerengagement Berlin

am 15.02. Jahresempfang der SPD 60 plus Berlin

am 16.02. Aktionstag „Berlin sagt danke“  
am 13.03. Sitzung der Lenkungsgruppe zu den vier Handlungsfeldern der  
Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik 2020  
am 13.03. 8. Runder Tisch Hospiz- und Palliativversorgung  
am 14./15.03. Kongress „Armut und Gesundheit“

Mehrere AGs haben ihre Tätigkeit fortgesetzt. Über ihre aktuellen Ergebnisse werden sie ja heute noch berichten.

Zur Sicherung unserer Beschlussfähigkeit bei den Plenartagungen baten wir Mitglieder des LSBB, die bisher noch keinen Stellvertreter/Stellvertreterin haben, um namentliche Nennung ihres Stellvertreters/Stellvertreterin.

Vom Mieterverein haben wir den Namen erhalten.

3 weitere stehen noch aus.

Liebe Mitglieder des LSBB,

der rot-rot-grüne Berliner Senat hat nach 2,5 Jahren eine Halbzeitbilanz seiner Arbeit gezogen. Grundlage und Maßstab ist das Koalitionsprogramm.

Ich muss nicht besonders betonen, dass die koalierenden Parteien einen anderen Standpunkt und eine andere Sicht auf Erreichtes haben, als die in der Opposition agierenden Parteien. Auch bei der Berliner Wirtschaft fällt die Zwischenbilanz gemischt aus.

Wir hatten uns in mehrere kommunalpolitische Themen von Senat und Abgeordnetenhaus auf unterschiedliche Weise wie z. B. mit Anhörungen, Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen und Forderungskatalogen eingebracht.

So u.a. zum Thema „**Digitale Hauptstadt**“- Bericht über Maßnahmen des Landes und ihre Umsetzung.

In der Halbzeitbilanz wurde jetzt festgestellt, dass Berlin auf der Grundlage eines Digitalisierungsindex, 2019 bei der Digitalisierung des Mittelstandes im Ländervergleich vorne liegt und die Berliner Verwaltung die digitalen Verwaltungsangebote erfolgreich ausgeweitet hat.

60 Prozent der Behördenkommunikation sei in den vergangenen zwölf Monaten über das Internet gelaufen.

Erstaunlich ist, dass der Anteil der älteren Menschen, die das Internet nutzen stetig ansteigt.

Regelmäßig online sind laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung mittlerweile 69 Prozent der 60- bis 69-jährigen und 36 Prozent der 70-jährigen. Dennoch ist es unsere Aufgabe darauf aufmerksam zu machen, dass Senior\*innen ab 70 Jahre mit 64% noch nie online waren und von der Digitalisierung abgehängt bleiben.

Wir haben unsere Forderung zum gleichzeitigen Erhalt analoger Möglichkeiten formuliert und müssen das nun immer wieder einfordern.

Gleichzeitig arbeiten wir aktiv im Fachgremium „Pflege 4.0“ der Senatsverwaltung Gesundheit, Pflege und Gleichstellung mit. Hier wurden Themen wie „Digitale Kompetenzen für die Pflege“ und „Technische Assistenz für die Pflege“ bearbeitet.

Die Koalitionspartner stellten sich das Ziel mit dem **Mobilitätsgesetz** die soziale und ökologische Verkehrswende voran zu bringen.

Umweltverbund aus öffentlichem Nahverkehr, Radverkehr und Zu-Fuß-Gehen bekommen Vorrang. Die ersten Teile des Gesetzes, die im intensiven Dialog mit der Initiative „Radvolksentscheid“ sowie anderen Umwelt- und Verkehrsverbänden und der Stadtgesellschaft erarbeitet wurden, sind im Sommer 2018 verabschiedet worden.

Der nächste Teil des Gesetzes, mit dem der Fußverkehr gefördert wird, ist aktuell in Bearbeitung und soll Mitte 2019 beschlossen werden.

Wir waren und sind an diesen Dialogprozessen unmittelbar beteiligt und haben uns mit Stellungnahmen eingebracht.

Das Thema **bezahlbare Mieten und Wohnen im Alter** war von ständigem Interesse.

Immer wenn es darum ging Mieter\*innen vor Spekulation zu schützen, betraf es auch ältere Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen waren.

Wir haben erfreulicherweise zur Kenntnis genommen, dass die Bezirke durch Nutzung ihres Vorkaufsrechtes Häuser in Milieuschutzgebieten, die verkauft werden sollen, in die öffentliche Hand bringen.

Bereits 28 Mal haben die Bezirke davon Gebrauch gemacht. 60 Mal konnten die Käufer\*innen der Häuser zudem durch sogenannte Abwendungsvereinbarungen dazu verpflichtet werden, die Ziele des Milieuschutzes einzuhalten.

Damit wurden insgesamt bislang 2500 Wohnungen gesichert (Stand 9/2018). Der Senat hat außerdem mehrere Vorkaufsrechtsverordnungen erlassen, um Flächen für eine soziale Stadtentwicklung zu sichern.

Um vorhandenen Wohnraum sinnvoller aufzuteilen, haben die landeseigenen Wohnungsunternehmen im September 2018 eine Online-Wohnungstauschbörse eingeführt.

Damit können die Mieter\*innen der rund 300.000 landeseigenen Wohnungen über die Grenzen der jeweiligen Wohnungsbaugesellschaft hinweg ihre Wohnungen untereinander tauschen, etwa wenn Ältere sich verkleinern und junge Familien sich vergrößern wollen.

Die jeweiligen Nettokaltmieten beider Wohnungen bleiben dabei unverändert.

Wir haben thematisiert, wie und auf welche Weise insbesondere Ältere von diesem Angebot überhaupt Kenntnis erhalten. Selbst wenn sie davon erfahren, ist zu klären, wie sie das Angebot ohne Internetzugang überhaupt nutzen können und wie ein zeitlich getimter Umzug mit mehreren Partnern ohne Unterstützung, überhaupt möglich wird.

Liebe Mitglieder des LSBB,

Es ist unser Auftrag, uns in die Diskussionen auf allen Ebenen engagiert einzumischen, eigene Vorschläge zu unterbreiten, nicht immer nur zu reagieren, sondern auch zu agieren.

Mit konkreten Forderungen und Anträgen wollen wir Einfluss auf die Politik nehmen.

Die Zusammenarbeit insbesondere mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales wollen wir verstärken und erwarten zugleich auch die stärkere Einbindung in seniorenrelevante Entscheidungen.

Liebe Mitglieder des LSBB,

lasst uns die gemeinsame erfolgreiche Arbeit von LSV und LSBB fortsetzen.  
Diese Stadt und Ihre Senior\*innen brauchen uns!

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.

Eveline Lämmer  
Vorsitzende